

20. X. 1916

Die Frage der Einberufung des Reichsrates und der Delegation.

Die Besprechung der Parteienvertreter des Abgeordnetenhauses.

Wien, 19. Oktober.

Die letzten Tage wurden von einzelnen Parteien zur Vorbereitung der vom Präsidenten Dr. Sylvester für den 23. d., 3 Uhr nachmittags, in den Präsidialsalon des Abgeordnetenhauses einberufenen Besprechung über die Frage der Einberufung des Reichsrates und der Delegation benützt. Die Vertreter der Parteien sind miteinander in Fühlung getreten, um sich auf eine möglichst gleichartige Stellungnahme in der Konferenz am 23. d. zu einigen. Diesem Zwecke war eine Besprechung gewidmet, die zu Beginn dieser Woche zwischen dem Obmann des Deutschen Nationalverbandes Dr. Groß und der Leitung der christlichsozialen Partei stattgefunden hat. Es handelte sich dabei, wie uns mitgeteilt wird, vor allem darum, zu einer einheitlichen Auffassung über die Voraussetzungen zu gelangen, die von diesen beiden Verbänden als erforderlich erachtet werden, um einen entsprechenden Verlauf einer Tagung des Abgeordnetenhauses sicherzustellen.

Gestern hat auch eine Konferenz zwischen den Führern der im Deutschen Nationalverbande vereinigten Gruppen stattgefunden. In der letzten Vollversammlung des Nationalverbandes hat sich beinahe die Mehrheit für die Einberufung des Reichsrates und der Delegation ausgesprochen. Die gestrige Aussprache, an der der Obmann des Nationalverbandes Dr. Groß, der geschäftsführende Obmann der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Denk und der Obmann der Deutschradikalen Vereinigung Wolf teilnahmen, war vor allem wegen der Haltung der Deutschradikalen in der Parlamentsfrage nötig geworden. In der Vertreterkonferenz am nächsten Montag wird, wie in Kreisen der deutschen Abgeordneten verlautet, Dr. Groß namens des ganzen Nationalverbandes eine Erklärung abgeben, die sich im Rahmen des Mehrheitsbeschlusses des Verbandes hält und es besteht das Bestreben, zu vermeiden, daß einzelne Parteigruppen ihren Sonderstandpunkt kennzeichnen.

Ueber die Teilnahme der Regierung an der Vertreterkonferenz ist noch nichts bekannt. Sowohl in Kreisen der Regierung als der Parteien des Abgeordnetenhauses herrscht jedoch die Auffassung vor, daß für die vertrauliche Aussprache der Parteien untereinander, wie sie vom Präsidenten Dr. Sylvester geplant ist, eine Mitwirkung der Regierung, wie sie in Obmännerkonferenzen oder in Besprechungen der Parteioberen während einer Reichsratsstagung für notwendig und erwünscht erachtet wird, wo es sich um die Feststellung eines Arbeitsprogramms handelt, nicht die gleiche Bedeutung hätte. Es soll vielmehr dem Präsidenten

Dr. Sylvester, eventuell den Mitgliedern des Präsidiums überlassen bleiben, die Regierung von dem Ergebnisse der Aussprache zu unterrichten und die weiteren Verhandlungen darüber mit dem Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh zu führen.

In der letzten Sitzung des Gemeinderates hat Bürgermeister Weiskirchner beinahe eine Erklärung bezüglich der Wiederaufnahme der parlamentarischen Tätigkeit abgegeben. Im Verlaufe der Sitzung gelangte durch den Schriftführer eine vom Gemeinderate Dr. Hein namens des Verbandes der bürgerlich-freiheitlichen Gemeinderäte überreichte Interpellation, dieselbe Sache betreffend, zur Berlesung. Wir werden ersucht, festzustellen, daß diese Interpellation gemäß der Geschäftsordnung unmittelbar vor der Sitzung schriftlich überreicht, dem Bürgermeister aber erst während seiner Besprechung mit den Obmännern über diesen Gegenstand vom Magistratsrat Formanek übergeben wurde.

Beschlüsse des Vereines der Fortschrittsfreunde.

In einer vorgestern stattgehabten Vorstands- und Vertrauensmännerversammlung des Vereines der Fortschrittsfreunde wurde nach einer eingehenden Debatte, an der sich Reichsratsabgeordnete, Gemeinderäte und viele Mitglieder beteiligten, neuerlich eine einhellige Entschliessung des Inhaltes gefaßt, daß der Verein unter den gegebenen Verhältnissen mehr als je für die Einberufung des Reichsrates sei und alle darauf zielenden Bestrebungen freudig begrüße und nachdrücklichst unterstütze.